

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Januar 1945

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Neostalinisten festigen ihre Positionen	1
2) Kommunistisches Gipfeltreffen in Warschau	5
3) GOMULKA in Kattowitz	6
II. <u>WIRTSCHAFT</u>	9
1) "Sozialismus auf einem Bein"	9
2) Problem des Industrieausbaues in Warschau	11

## I. POLITISCHE EREIGNISSE

### 1) Die Neostalinisten festigen ihre Positionen

Diejenigen Polen, die sich nach dem letzten Parteitag der ZPR 1964 über das relativ schlechte Abschneiden der zu dem neostalinistischen Flügel der Partei gehörenden "Partisanen" gefreut hatten, beobachten jetzt mit einer gewissen Betroffenheit neue Umbesetzungen im Verwaltungs- und Parteiapparat, die auch im Januar 1965 andauerten. Das Hauptinteresse richtet sich nach wie vor auf die Person des Generals MIECZYSLAW MOCZAR, des "Führers" der Partisanengruppe. Durch seine Ernennung zum Innenminister im Dezember hat er offensichtlich mehr an Boden gewonnen, als es damals schien.

In der parteiamtlichen Wochenzeitschrift "Polytika" erschien am 30. 1. 1965 ein Interview mit MOCZAR. Das Gespräch führte der Chefredakteur der Zeitschrift, Mieczyslaw F. RAKOWSKI, der im allgemeinen nicht großer Sympathien zur "Partisanen-Ideologie" verdächtigt wird. Die Vermutung liegt nahe, daß "Polytika" eine Anweisung bekommen hat, General MOCZAR nach vorn zu spielen, und daß RAKOWSKI persönlich beauftragt wurde, MOCZAR zu interviewen, um die Bedeutung des Gesprächs dadurch noch zu betonen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand MOCZARs Rolle als Chef des sehr einflußreichen polnischen Veteranenverbandes. Der General sprach über seine Absicht, den Rahmen der Tätigkeit des jetzt schon sehr großen Verbandes wesentlich zu erweitern. Das beziehe sich in erster Linie auf die Mitgliederzahl, die noch wesentlich erweitert werden könne, da es sehr viele Menschen gebe, die ein Recht auf die Mitgliedschaft besäßen. MOCZAR stellte sich auch als sozialer Freund und Helfer vor:

"Niemand, der gegen die Besatzer in der Partisanenka oder in den regulären Truppen kämpft und heute Hilfe braucht, darf allein gelassen werden. Wir wollen ihm helfen, nicht nur im materiellen, sondern auch im moralischen Sinn."

Diese Hilfspläne des Generals MOCZAR erstrecken sich auch auf die .auslands-  
polen. Der General sprach von einer breiten Masse von "anständigen aus-  
landspolen, die sich ihr Brot sauer verdienen. Sie sind aus verschiedenen  
Gründen im Ausland geblieben. Wir wollen an sie herankommen. Nicht um  
Kommunisten aus ihnen zu machen, aber sie brauchen doch nicht unsere Feinde  
zu sein, nicht wahr? Wir wollen den Emigranten helfen, Kontakte mit ihrem  
Heimatland anzuknüpfen und sie dazu ermuntern, Polen zumindest zu besuchen."

Man kann sich leicht vorstellen, was dem General MOCZAR vorschwebt. Er  
möchte sich den Kreisen der national-polnischen Partisanen nähern und ihnen  
dabei helfen, "eine Brücke " zum kommunistischen Regime in Polen zu bauen.  
Die Verbesserung ihrer materiellen Lage ist Mittel zum Zweck, neue Anhänger  
zu gewinnen, die in den persönlichen Plänen des Generals eine Rolle spielen.  
MOCZAR will eine Art "Nationale Front" montieren, die in Polen wie in der  
gesamten polnischen Emigration wirken soll. Auf eine entsprechende Frage  
des Gesprächspartners gab MOCZAR offen zu, daß seine Pläne den traditionellen  
Rahmen der Tätigkeit des Veteranenverbandes sprengen. Er fügte ungeniert  
hinzu, daß dieser Verband (der offizielle Name ist: "Verband der Kämpfer  
für Freiheit und Demokratie") "mit Sicherheit eine bedeutende gesellschaft-  
liche Kraft werden kann". Die Absicht, die Tätigkeit des Verbandes aufs  
Ausland zu erstrecken, ist nicht nur dadurch erklärlich, daß der General  
MOCZAR zugleich Chef des Staatssicherheitsdienstes und Nachrichtendienstes  
ist. MOCZARs politische Basis wurde durch seinen Ruf als Scharfmacher  
eingeeengt. Diese Tatsache stört seine Pläne. Er braucht eine breitere Unter-  
stützungsbasis, als sie ihm von den Alt- und Neostalinisten allein geboten  
werden kann. Die Meinung der Polen wird weitgehend durch verschiedene Formen  
der Nachrichtenübermittlung aus dem Ausland geformt. MOCZAR könnte es  
sicherlich als einen großen Erfolg für sich verbuchen, wenn es ihm gelingen  
würde, wenigstens in einem Teil der polnischen Emigration sein Bild in etwas  
freundlicheren Farben erscheinen zu lassen.

Obwohl sich MOCZAR schon seit vielen Jahren mit den Fragen des Sicherheitsdienstes befaßt, hat er den Ehrgeiz, aus dieser Rolle hinaus und zur politischen Führung zu gelangen. Er versteht manchmal nicht einmal ungeschickt, das Odium des Polizeichefs zu überspielen. In diesen Bemühungen stechen seine Versuche hervor, sich als die Schlüsselfigur des Partisanenkampfes gegen die deutsche Besatzung darzustellen und feiern zu lassen. Schon vor wenigen Jahren begann er, die Legende der das ganze Land umfassenden kommunistischen Partisanen, die an der Spitze des Kampfes gegen die Nazi-Besatzer gestanden habe, zu weben. Niemand kann zwar den kommunistischen Untergrundkämpfern in Polen Mut und Opferbereitschaft absprechen, aber die entscheidende Rolle im Widerstand spielten nicht sie, sondern die national-polnische Untergrundarmee (AK). Um das vergessen zu machen, ging der General unter die Schriftsteller.

Er sorgte dafür, daß sein Buch von einem ebenso begabten wie skrupellosen Schriftsteller "ausgeföhlt" wurde, so daß es eine attraktive literarische Form bekam. Das Buch wurde als Pflichtlektüre in den Schulen eingeföhrt und ist von zahlreichen Bibliotheken aufgekauft worden, so daß schon drei Auflagen erscheinen konnten. Bald "fanden" sich in Polen auch Filmleute, die die Absicht äußerten, das Buch von MOCZAR verfilmen zu lassen. Am 17. Januar 1965, dem 20. Jahrestag der Vertreibung der Hitler-Truppen aus den Ruinen des von ihnen zerstörten Warschau, fand die feierliche Aufföh rung des Filmes in der polnischen Hauptstadt statt. Zu der Vorstellung erschienen zahlreiche führende Männer aus der Partei mit KLISZKO an der Spitze (GOMULKA war verhindert, weil er gerade Gespräche mit BRESCHNEJEW und KOSSYGIN führte), Vertreter der Regierung und der anderen Parteien und Massenorganisationen. General MOCZAR wurde als "Autor" des Buches und "Freiheitskämpfer" überschwenglich geföhrt. Diese außergewöhnliche Ehrung beweist deutlich, daß GOMULKA auf dem Wege ist, sich enger mit MOCZAR zu liieren.

MOCZAR begann im Januar, die wichtigsten Posten im Innenministerium umzusetzen. Eines der ersten Opfer dieser Maßnahmen wurde der Generaldirektor des Ministeriums, der ehemalige Spanienkämpfer Czeslaw KOMAR. Künftig sind MOCZAR und die ihm unterstellten Partisanen im Innenministerium ganz "unter sich".

Dieser bedrohlich wirkende Vormarsch der Neostalinisten in Polen wurde durch eine Umbesetzung in Krakau bestätigt. Nachdem - wie schon berichtet - der langjährige Parteisekretär für den Bezirk Krakau, Lucjan MOTYKA, im Dezember vorigen Jahres nach Warschau berufen worden war und dort zum Kulturminister avancierte, blieb der Posten des I. Sekretärs in Krakau weit über einen Monat unbesetzt. Erst am 20. Januar wurde der Name des neuen Chefs der Krakauer Parteiorganisation bekannt. Es handelt sich um Czeslaw DOMAGALA, der zu den besonders eifrigen Stalinisten gehörte und nach dem Oktober 1956 keine wichtigen Posten mehr bekleiden durfte. Er wurde zum I. Sekretär eines wichtigen Bezirkes ernannt. Man kann unterstellen daß die Nominierung des Stalinisten DOMAGALA ausgerechnet in dem altwürdigen erzkatholischen Krakau nicht ohne lange Kämpfe abging. Dafür spricht sowohl die lange Zeit, in welcher der Posten nach der Abberufung MOTYKAs unbesetzt blieb, als auch die Tatsache, daß gleichzeitig mit der Nominierung DOMAGALAs zum I. Parteisekretär in Krakau die Demission von zwei stellvertretenden Parteisekretären der dortigen Organisation bekanntgegeben wurde. Solche demonstrativen Rücktritte nützen natürlich gar nichts.

Man stellt mit Recht die Frage, wie die polnische Bevölkerung auf diese Entwicklung reagiert. Die breite Masse schenkt einzelnen Umbesetzungen im Parteiapparat kaum Interesse, es sei denn, sie wird darüber von den ausländischen Rundfunkstationen informiert und auf die damit verbundenen Gefahren hingewiesen. Die im Vergleich zum Oktober 1956 regressive Entwicklung wirft einen Schatten auch auf die breite Masse:

Schon ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die den Menschen in Polen genug zu schaffen machen, tragen auch die Tendenzen in der Kulturpolitik zu einer wachsenden Abkapselung des Einzelnen vom öffentlichen Leben bei. Die immer strengere Ausrichtung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen, Zeitungen und Zeitschriften, läßt das Interesse an der Publizistik mehr und mehr erlahmen.

## 2) Kommunistisches Gipfeltreffen in Warschau

Die in der zweiten Januar-Hälfte in der polnischen Hauptstadt durchgeführten Beratungen des Politischen Ausschusses der Warschauer Paktorganisation wurden von der polnischen Presse nur spärlich kommentiert. Ein Hauptthema des Gipfeltreffens war die Reaktion des Ostblocks auf die Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht des Westens, die zu diesem Zeitpunkt jedoch vor allem durch die Haltung Frankreichs und einiger anderer NATO-Partner bereits fraglich war. Es ging in dieser Frage vor allem um Propaganda gegen die Bundesrepublik. Am 19. Januar, dem Tage des Konferenzbeginnes, schrieb die parteiamtliche "Trybuna Ludu":

"Westdeutschland entwickelte sich zu einer großen Militärmacht und mit seiner wachsenden Kraft drängt es auf Beteiligung an den Atomwaffen."

Drei Tage später, nachdem die Konferenz schon beendet war, schrieb die gleiche Zeitung zum gleichen Thema:

"Es gibt nur einen Weg, der atomaren Bedrohung durch Westdeutschland vorzubeugen: Man darf der Bundesrepublik weder direkt noch indirekt über eine multilaterale Streitmacht die Möglichkeit einer ausschliesslichen oder gemeinsamen Verfügung über die Atomwaffen geben."

In Wirklichkeit war die MLF-Problematik nicht der Kern der Verhandlungen, die völlig abgeschirmt wurden. Die Einheit des Ostblocks stand im Vordergrund. Aus informierten Warschauer Kreisen verlautet, daß GOMULKA die neuen Machthaber im Kreml beschwor, die Versöhnung mit China voranzutreiben.

Nur eine solche Politik gegenüber China könne von allen Mitgliedern des Warschauer Paktes voll unterstützt werden. Bekanntlich resultierten die einzigen Differenzen zwischen GOMULKA und CHRUSCHTSCHOW aus der sowjetischen China-Politik der Jahre 1963 und 1964, die Polen mißbilligte. Diese Differenzen ließen nach CHRUSCHTSCHOWs Sturz nach, und GOMULKA betont diese Tatsache bei jeder nur möglichen Gelegenheit. Aber obwohl es seit dem Sturz CHRUSCHTSCHOWs schon mehrmals zu Treffen zwischen GOMULKA und dem Moskauer Duumvirat kam, scheint es GOMULKA bisher nicht gelungen zu sein, eine vollkommene Vertrauensbasis zu den neuen Männern im Kreml herzustellen, da sich über andere Fragen neue Meinungsverschiedenheiten ergeben. Wenn man den Berichten aus Warschau glauben schenken kann, ist das eine der größeren Sorgen des polnischen Parteichefs.

### 3) GOMULKA in Kattowitz

Im Laufe des Monats Januar fanden in verschiedenen Wojewodschaften Parteikonferenzen statt, auf denen die Wojewodschaftskomitees der Partei neu gewählt wurden. Zu jeder dieser Konferenzen schickte die Parteiführung Delegationen, denen Mitglieder des Politbüros oder des ZK-Sekretariats angehörten. In zwei Fällen nahm GOMULKA persönlich an den Parteikonferenzen teil. Im ersten Falle handelte es sich um die Konferenz der Warschauer Parteiorganisation. Die Anwesenheit GOMULKAs gehört zur Tradition der Warschauer Parteikonferenzen. Im zweiten Fall begab sich GOMULKA nach Kattowitz, was die Bedeutung dieser größten Wojewodschaftsorganisation in Polen unterstreicht, die von Edward GIEREK geleitet wird.

Die oberschlesische Parteiorganisation unterscheidet sich von den anderen in Polen nicht nur durch ihre Größe. Auch die Posten des I. Wojewodschaftssekretär GIEREK ist aussergewöhnlich und mit der Position eines anderen Funktionärs auf gleicher Stufe nicht zu vergleichen.

GIEREK bekleidet als einziger Wojewodschaftssekretär gleichzeitig die Funktion eines Mitgliedes des Politbüros. Aber er unterscheidet sich von seinen Genossen, die an der Spitze der Parteiorganisationen in anderen Wojewodschaften stehen, hauptsächlich dadurch, daß er seine Parteiorganisation wirklich vollkommen beherrscht. Er bewegt sich in Kattowitz völlig souverän, seine starke Basis erlaubt ihm in Warschau ein starkes und sicheres Auftreten.

In Kattowitz wirkt sich der Streit zwischen den Neostalinisten und den "Liberalen" kaum aus. Dort, im Zentrum der polnischen Schwerindustrie, wächst die Generation der Technokraten heran, denen ideologische Auseinandersetzungen uninteressant erscheinen und die deshalb praktische Fragen vor allem der Wirtschaft in den Vordergrund rücken. Die Parteiorganisation in Kattowitz steht in ihrer überwiegenden Mehrheit hinter GIEREK, der sich geschickt aus dem Streit der Fraktionen heraushält und immer wieder versucht, zwischen den einzelnen Gruppen zu vermitteln. GIEREK ist unter den polnischen Bergleuten in Belgien und Nordfrankreich aufgewachsen und politisch gebildet worden. Gewisse historische Aspekte der innerparteilichen Auseinandersetzungen in Warschau sind ihm fremd. Er gehört weder zur Moskauer Gruppe der Funktionäre, die den Krieg in der Sowjetunion verbracht haben, noch zu jenen, die unter der deutschen Besatzung im Untergrund arbeiteten und kämpften.

Für GOMULKA gilt GIEREK als der wichtigste Garant dafür, daß die neostalinistische Fraktion der Partei nicht in den Himmel wächst. Da sich die einzelnen Warschauer Fraktionen nicht auf einen Vorschlag einigen können, scheint so gut wie festzustehen, daß GIEREK zurzeit der einzig mögliche "Kronprinz" der Partei ist. Darauf deutete bereits früher hin, daß man ihn als den aussichtsreichsten Kandidaten für den Posten des



Regierungschefs bezeichnete, als zeitweise die Möglichkeit eines Rücktrittes des Premier CYRANKIEWICZ erörtert wurde.

GIEREK kennt die Stärke seiner Position sehr wohl, zeigt aber keinen spekulativen Ehrgeiz, der einem anderen Politiker, der sich für die Nachfolge GOMULKAS aufbauen wollte, zum Verhängnis wurde. Das war der Neostalinist STRZELECKI. GOMULKA fühlt sich im Gegensatz zu seinem Verhältnis zu STRZELECKI, von GIEREK nicht in seiner Position bedroht. GIEREK glaubt offenbar, warten zu können, bis sich die Gelegenheit zu einem weiteren Aufstieg für ihn bietet. Das ist unbedingt seine Stärke und das bringt ihm das Wohlwollen GOMULKAS, der ohnehin auf die Unterstützung GIEREKs angewiesen ist.

## II. WIRTSCHAFT

### 1) "Sozialismus auf einem Bein"

Die prochinesische Fraktion der "Unversöhnlichen" kolportierte vor einigen Monaten eine 90-Seiten starke Broschüre, in der GOMULKA u.a. vorgeworfen wurde, er habe auf den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande verzichtet und begnügt sich mit dem Sozialismus in der Stadt. Diese Art Gesellschaftsordnung wird von den "polnischen Chinesen" in der PZPR spöttisch als "Sozialismus auf einem Bein" bezeichnet.

Tatsächlich haben die polnischen Kommunisten in ihrer Agrarpolitik einen völlig eigenen Weg beschritten. Nur ein kleiner Bruchteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche befindet sich in der Hand der Kolchosen, etwas mehr Land bebauen die Staatsfarmen. Der überwiegende Teil des Bodens wird nach wie vor von Einzelbauern bestellt. Polen nimmt damit eine Ausnahmestellung im sowjetischen Block ein, in dem die Kollektivierung der Landwirtschaft überall als unverzichtbares Gesetz gilt.

Es ist bis jetzt nicht ganz klar, auf welche Weise GOMULKA den Sozialismus ins Dorf bringen will. Vorläufig werden "landwirtschaftliche Zirkel" organisiert, die im Grunde genommen nichts weiter als Maschinen-Genossenschaften sind. Der Boden und seine Nutzung bleiben privat, die größeren Maschinen hingegen sind gemeinsames Eigentum des Zirkels, die allen Mitgliedern nach einem bestimmten Arbeitsplan zur Verfügung gestellt werden. Die Menschen auf dem Lande, so sagt die polnische Partei, würden so langsam zu sozialistischen Methoden des Wirtschaftens kommen.

Das Experiment mit den landwirtschaftlichen Zirkeln wird von vielen Polen als eine Übergangsform betrachtet. Sie diskutieren schon heute die Frage: Was soll danach kommen?

Manche äußerten die Ansicht, daß man in Polen die Kollektivierung überspringen werde, um gleich die höhere Stufe der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwandlung des Dorfes zu erreichen: Die volle Verstaatlichung der Landwirtschaft: Dabei verweisen sie auf beträchtliche Mittel, die zurzeit in die Staatsgüter investiert werden: Der dort erzielte Fortschritt ist beachtlich. Während in der stalinistischen Zeit die Staatsgüter das schwächste Glied der Landwirtschaft waren und Milliarden Zuschüsse erforderten, wurden inzwischen rentable Unternehmen daraus.

Aber daß die Bauern wirklich einmal freiwillig der Verstaatlichung ihres Besitzes zustimmen würden, ist dennoch nicht anzunehmen. Überdies dürften solche Spekulationen auch in diesem Jahrzehnt zumindest keinen realen Hintergrund haben.

In der polnischen Partei ist im Gegensatz dazu die Diskussion über die Kollektivwirtschaften noch immer aktuell. Dabei geht man jedoch davon aus, daß die bisher in der UdSSR und anderen Volksrepubliken entwickelten Formen der Kollektivierung auf Polen nicht anwendbar seien. Man müsse etwas Neues finden. Auf der Suche nach anderen Lösungen schrieb der Agrarwissenschaftler W. MICHNA ein Buch über "Wirtschaftliche Grundlagen der Umgestaltung des Agrarsystems, das nicht ohne Wohlwollen in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" am 7. Januar rezensiert wurde.

MICHNA meint, daß landwirtschaftliche Genossenschaften nur dann funktionieren, wenn sie bereits bei ihrer Bildung mit allen notwendigen Gebäuden, Maschinen und Einrichtungen ausgestattet werden könnten. Wäre dies nicht der Fall, so würde die Bildung einer Kolchose nichts anderes als eine Verschwendung der schon in die Einzelhöfe investierten Mittel sein und die Landwirtschaft zurückwerfen. Daran seien auch die meisten Kolchosen in Polen, die man vor dem Oktober 1956 gründete, gescheitert.

Tatsache sei es, daß die Bauern aus eigenen Mitteln die notwendigen Investitionen nicht aufbringen können, die als materielle Vorbedingung einer Kollektivwirtschaft anzusehen sind. Es sei also unumgänglich, daß ein entsprechend großer Teil der Investitionskosten, die durch die Umgestaltung des Agrarsystems zwangsläufig entstehen, vom Staat getragen werden müsse. Der Autor meint, vielleicht sei es ein Weg, wenn der Staat sich als Mitglied der Genossenschaft beteilige. Nach seiner Ansicht müssten also auf dem Lande Betriebe entstehen, die eine Synthese aus Genossenschaft und Staatsgut seien. Sie sollten in der Regel zwischen 400 und 1000 ha umfassen.

Der Autor geht von dem Standpunkt aus, daß eine sozialistische Landwirtschaft in erster Linie ein wirtschaftlicher und erst in zweiter Linie ein ideologisches Problem sei. Der Übergang zur sozialistischen Landwirtschaft habe nur dann Sinn, wenn er sich durch eine radikale Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion rechtfertige.

Das Grundprinzip des Buches wird von "Trybuna Ludu" akzeptiert. Das Parteiblatt bezweifelt allerdings, ob der Staat zurzeit in der Lage sei, die Hauptlasten der Investitionen zu übernehmen, die für eine sozialistische Basis der Landwirtschaft notwendig seien. Die Kritik des Buches ist aber, wie gesagt, äußerst wohlwollend. Aus ihr geht hervor, daß die Parteileitung weiterhin auf der Suche nach einer Lösung des Agrarproblems ist.

## 2) Probleme des Industrieausbaues in Warschau

In der stalinistischen Zeit richtete man sich bei der Standortwahl neuer Industrieobjekte primär nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten. Die Betriebe der Schwerindustrie entstanden meist weit entfernt von der Rohstoffbasis in Gegenden, in

denen ein Proletariat entstehen sollte, um die Herrschaft der Partei gesellschaftlich zu untermauern. So kam es zum Bau des größten Eisen- und Stahlkombinats in Polen in unmittelbarer Nähe von Krakau (Nowa Huta), so wurde im nördlichen Bezirk Warschaws eine Edeldstahlhütte gebaut. Heute betrachten das nicht nur die Stadtplaner von Krakau und Warschau als einen Fehler, die feststellen mussten, daß durch die unsinnigen Industriestandorte eine gesunde Entwicklung ihrer Städte blockiert wurde, auch die Parteiführer kritisieren die damaligen Entscheidungen - allerdings aus wirtschaftlichen Gründen.

In Anwesenheit GOMULKAs befaßte sich die Parteikonferenz in Warschau im Januar 1965 mit diesem Problem. In seiner Rede stellte GOMULKA fest, daß eines der Hauptprobleme, vor dem heute die Wirtschaftsplanung stehe, die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen für die junge Generation sei, die in den kommenden fünf Jahren das Arbeitsalter erreichen wird. Aber gerade dieses Problem betreffe weniger Warschau und Krakau, weil dort die Zahl der Arbeitsplätze ohnehin größer sei, als die der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Allein 140.000 Menschen kämen täglich von außerhalb zur Arbeit nach Warschau. Auch die künftige Planung habe sich von den alten Fehlern nicht freigemacht. So sehe der kommende Fünfjahresplan vor, weitere Werke in Warschau zu bauen, die insgesamt 80.000 neue Arbeitsplätze schaffen, obgleich in den betreffenden fünf Jahren nur ein Zuwachs um 20.000 einheimischen Arbeitskräften zu erwarten ist.

GOMULKA stellte fest, daß diese Diskrepanz auf zweierlei Weise gelöst werden könnte. Eine "traditionelle" Lösung würde darin beruhen, die fehlenden 60.000 Arbeiter aus anderen Teilen Polens nach Warschau kommen zu lassen. Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß man die Pläne der industriellen Entwicklung dem Zuwachs der einheimischen Arbeitskräfte

anpaßt. Es sollen also mit anderen Worten nur soviel Fabriken gebaut werden, daß nicht mehr als 26.000 Beschäftigte gebraucht werden.

GOMULKA sprach sich entschieden für die zweite Lösung aus. Er berief sich auf die Berechnungen der Wirtschaftsexperten, die ausgerechnet haben, daß die Kosten der "Ansiedlung" eines Einwohners in Warschau fast doppelt so hoch sind, wie die Ansiedlung eines Einwohners in einer Stadt, die nur 100.000 Einwohner hat. Bei dem Bau der Edelmühl im Norden Warschaus wurden 2,5 Milliarden Zloty verschwendet. Dieses Geld hätte man sparen können, wenn man das Objekt in einer mittelgroßen Stadt lokalisiert hätte. Der Parteichef meinte, daß man die Tendenz, neue Industriebetriebe in Warschau zusammenzuballen, bekämpfen müsse. Alle die Investitionsmittel müßten nach dem höchsten wirtschaftlichen Effekt ausgegeben werden. In Warschau gehe es darum, die Betriebe zu modernisieren, die gut prosperieren und dort auch bleiben sollen.

# Bericht über die Entwicklung in POLEN

Dezember 1964

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Umbesetzungen in der Regierung und der Partei	1
2) Kongreß des Jugendverbandes	6
3) Journalistentagung in Warschau	8
4) Warschau und der Parteitag in Belgrad	9
5) MLF in Warschauer Sicht	11
II. <u>Wirtschaft</u>	12
1) Zum Fest der polnischen Bergleute	12
2) Ausbau der Chemie-Industrie	13

- - - - -  
Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

## I. POLITISCHE EREIGNISSE

### 1) Umbesetzungen in der Regierung und der Partei

Die letzte Sitzungsperiode des polnischen Sejm endete am 12. Dezember 1964 mit der Bekanntmachung einiger Umbesetzungen in der Regierung der Volksrepublik Polen. Neu besetzt wurde das Innenministerium sowie das Ministerium für Kultur und Kunst.

Erwartungsgemäß wurde General Mieczyslaw MOSCZAR zum neuen Minister des Innern ernannt, nachdem dieser Posten seit einigen Wochen vakant war. Der bisherige Leiter des Ressorts, Wladyslaw WICHA, wurde im November 1964 zum Sekretär des Zentralkomitees der Partei ernannt.

MOCZAR gehört zu den umstrittesten Persönlichkeiten im politischen Leben Polens. Der jetzt 51-jährige gehörte schon vor dem Kriege der Kommunistischen Partei Polens an und organisierte während der Nazi-Besetzung kommunistische Partisanen-Truppen in Zentralpolen. Um diese kommunistische "Partisankta" macht man jetzt sehr viel Aufhebens in Polen und versucht, ihr eine größere Bedeutung zuzuschreiben, als sie tatsächlich hatte, denn eine weit bedeutendere Rolle spielten in der Widerstandsbewegung die national-polnischen Kräfte, die der polnischen Exil-Regierung in London unterstanden. Die heutige Aufwertung der kommunistischen Partisanen wird von MOCZAR für einen eigenen "Personenkult" ausgenützt. Nach dem Kriege wurde MOCZAR Funktionär der Sicherheitspolizei. Die leitenden Stellen im Sicherheitsdienst erhielten in jener Zeit frühere Partisanen, weil diese als besonders zuverlässig und im Kampf gegen den Feind abgehärtet galten. Als die Stalinisierung Polens ihren Höhepunkt erreicht hatte, fiel MOCZAR einer Intrige zum Opfer und wurde für kurze Zeit sogar inhaftiert. Als der polnische Oktober kam, galt er deshalb als "Opfer des Stalinismus" und wurde zum neuen Chef des Sicherheitsdienstes und Stellvertreter des Innenministers ernannt. Diesen Posten behielt er acht Jahre lang, bis er



jetzt Minister wurde. Noch vor drei Jahren war MOCZAR der breiteren Öffentlichkeit in Polen wenig bekannt, da er sich im Hintertreffen hält. Der Sender "Freies Europa" nannte 1961 seinen Namen als Führer jener Gruppierung, die als "Partisanen-Gruppe" die Säuberung der Partei von allen "liberalen" Elementen betrieb. Durch diese Tätigkeit schuf sich MOCZAR allmählich immer größeren politischen Einfluß, während die "Liberalen" zurückgedrängt wurden. Als seine Ambitionen gefährliche Ausmaße annahmen, wurde durch das Zentrum der Partei unter GOMULKA gebremst. Der letzte Parteitag im Juni 1964 endete mit einer eindeutigen Absage an die "Partisanen". Seine Beförderung zum Minister wird von manchen als politisches "come back" bezeichnet. Die Umstände dieser Nominierung ermahnen aber zur Skepsis gegenüber solchen Urteilen.

Acht Jahre lang war Wladyslaw WICHA als Minister des Innern der Chef von MOCZAR. Es war aber allgemein bekannt, daß WICHA, der als Vertrauensmann des Ministerpräsidenten CYRANKIWICZ galt und aus diesem Grunde den "Partisanen" verhaßt war, nur der nominelle Vorgesetzte MOCZARS war. Die meisten wichtigen Posten im Innenministerium waren von Anhängern MOCZARS besetzt, so daß WICHA im eigenen Ministerium als ziemlich einflußlos galt. Die Sicherheitspolizei war in Händen von MOCZAR ein gewaltiger Machtapparat, dem WICHA nichts gleichwertiges entgegenstellen konnte, denn sein Einfluß erstreckte sich höchstens auf die "Bürgerliche Miliz", die keine politischen Aufgaben hat und mit der allgemeinen Polizei in westlichen Ländern verglichen werden kann. In dieser Situation mußte sich WICHA auf die Rolle eines Beobachters und Aufpassers beschränken. Seine Aufgabe war es, Übergriffe des Sicherheitsdienstes im Stile der Stalinzeit zu signalisieren und zu verhindern. Das ZK gab ihm dazu Vollmachten und Rückendeckung. Dieser Zustand hat sich auch jetzt nicht verändert. Da WICHA eine einflußreichere Position im Parteiapparat erhielt und sich von dort mit den Fragen des Ressorts "Inneres" befaßt, wurde er aus einem

nominellen Vorgesetzten MOCZARs zu seinem wirklichen Vorgesetzten.

Der Parteichef GOMULKA hat sich damit seine Politik, das Gleichgewicht in der Partei auszubalancieren, erneut durchgesetzt. Seit Sommer 1963 konzentriert GOMULKA seine Bemühungen auf die Sicherung des Gleichgewichts, weil auf diese Weise die Machtergreifung eines extremen Flügels verhindert und seine an sich nicht mehr überstarke Hausmacht in den Schlüsselpositionen gehalten werden kann. Die "Partisanen" haben also kaum Einfluß gewonnen, viele betrachten sogar die Ernennung WICHAs zum ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen als eine Demütigung für MOCZAR. Andererseits darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß nunmehr die "Partisanen" das Innenministerium fast vollständig beherrschen. WICHa kann leichter von seinem Parteiposten abberufen werden, als man die Machtpositionen der "Partisanen" im Innenministerium und im Ministerium für Nationale Verteidigung erschüttern kann. Dazu müßte man schon eine umfangreiche Säuberung des ganzen Apparates beider Ministerien durchführen, was sicher nicht so einfach ist.

Die zweite wichtige Umbesetzung in der Regierung betrifft das Ministerium für Kultur und Kunst. Gerade auf dem Gebiete der Kulturpolitik der Partei gibt es starke Spannungen, die durch das Protestschreiben der 34 Intellektuellen an den Regierungschef schlagartig sichtbar gemacht wurde. Die Partei konnte sich bis heute zu keinem einheitlichen Verhalten gegenüber den Intellektuellen durchringen. Harte Pressionsmaßnahmen wechseln mit versöhnlichen Gesten. Vor diesem Hintergrund hat die Nominierung eines neuen Kulturministers Grund zu zahlreichen Spekulationen gegeben. Ernannt wurde Lucjan MOTYKA, bisher I. Parteisekretär im Krakauer Bezirk. Er ersetzte den bedeutungs- und farblosen Funktionär GALINSKI. MOTYKA ist aus der früheren Sozialistischen Partei Polens hervorgegangen.

Krakau galt immer als Hochburg der Sozialdemokraten (schon zu Zeiten Österreich-Ungarns) und ist noch heute Sejm-Wahlbezirk des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ. MOTYKA galt und gilt als enger Vertrauter des Ministerpräsidenten, durch ihn übte CYRANKIEWICZ E Einfluß auf die Krakauer Parteiorganisation aus. Der Aufstieg MOTYKAs zum Minister wird mit Recht als Schwächung der Basis ehemaliger Sozialisten auf der so wichtigen Bezirksebene betrachtet.

Nachdem WICHA aus der Regierung ausgeschieden war, sorgte der Premier offenbar dafür, einen anderen ihm persönlich ergebenen Minister zu bekommen. Dieser Wunsch wurde mit der Nominierung MOTYKAs Wirklichkeit. Viel interessanter aber als diese Politik des Gleichgewichtes, die auch der Regierungschef zu treiben scheint, ist die Frage, welche politische Linie der neue Minister auf dem Gebiete der Kulturpolitik einschlagen wird. Von seinem Vorgänger hebt er sich in der Volksmeinung günstig ab und viele Schriftsteller verbinden mit seiner Nominierung gewisse Hoffnungen auf eine Liberalisierung der Kulturpolitik. Bis jetzt sind diese Hoffnungen allerdings durch nichts gerechtfertigt, sondern haben nur eine gefühlsmässige Begründung. Es gibt nämlich keine konkreten Anzeichen dafür, daß die Partei den Kulturschaffenden mehr Bewegungsfreiheit als zuvor geben will.

Eine Umbesetzung gab es auch auf dem höchsten Parteiposten in Lodz. In dieser Stadt der Textilarbeiter (unter denen die Frauen einen sehr starken Anteil haben) war seit 10 Jahren Michalina TATARKOWNA-MAIJKOWSKA 1. Parteisekretär, die einzige Frau also, die das Amt eines Wojewodschaftssekretärs in Polen innehatte. Frau TATARKOWNA-MAIJKOWSKA war nicht nur wegen ihrer derben Umgangsformen bekannt. In den letzten Jahren stellte sie sich immer offener den ideologischen Scharfmachern entgegen und wurde daher von den Neostalinisten scharf bekämpft. Am 11. Dezember 1964 meldete die Presse ihren Rücktritt, der mit ihrem "schlechten Gesundheitszustand"

motiviert wurde, was im kommunistischen System oft nur eine Umschreibung

für die Entlassung in Ungnade bedeutet.

Frau TATARKOWNA-MAJKOWSKA war eine der wenigen "liberalen" Bezirkssekretäre der Partei. Da sie gleichzeitig mit dem beförderten MOTYKA aus dem Amt scheidet, bedeutet dies eine Verstärkung des Einflusses der "Partisanen" auf der mittleren Ebene. Dies umso mehr, da vor einigen Monaten auch Walenty TITKOW aus der Reihe der Bezirkssekretäre ausgeschieden ist, nach dem vorher schon Wladyslaw MATWIN aus Breslau weichen mußte.

Zwar werden die Sekretäre in den Wojewodschaften jetzt fast durchweg mit Funktionären besetzt, die keiner der kämpfenden Fraktionen angehören, aber immer ist der Sturz eines "liberalen" indirekt ein Sieg der "Partisanen". Der neue Parteisekretär in Warschau ist Stanislaw KOCIOLEK, der wie der Nachfolger Frau TATARKOWNA-MAJKOWSKAS, Jozef SPYCHALSKI, im Vergleich zu den Vorgängern recht farblos wirkt. Unter den seit langem amtierenden Wojewodschaftssekretären gibt es einige, die ihre Sympathien für die Neostalinisten kaum verhüllen, wie der Leiter der Parteiorganisation in der ostpolnischen Wojewodschaft Rzeszow, Wladyslaw ARUCZEK und sein wegen seiner "scharfmacherischen" Tendenz nicht weniger bekannter Kollege aus Bialystok, Arkadiusz LASZEWICZ.

Man weiß bis jetzt noch nicht, welcher Parteifunktionär den Posten des I. Sekretärs in Krakau besetzen wird. Entgegen der sonstigen Gewohnheit ist der Nachfolger von Lucjan MOTYKA noch nicht ernannt worden, was auf einen Machtkampf hinter den Kulissen schliessen läßt.

## 2. Kongreß des Jugendverbandes

Ziemlich klanglos verlief der Kongreß des "Sozialistischen Jugendverbandes", der im Dezember in Warschau tagte. Diese Organisation umfaßt die Jugend der Städte, während auf dem Lande ein "Verband der Dorfjugend" wirkt. Die Organisation der Stadtjugend zählt jetzt ca. 300.000 Mitglieder, während rund 700.000 Jugendliche auf dem Lande organisiert sind. Zusammen gibt es also ca. 1,5 Million politisch organisierte Jugendliche, über 2 Millionen waren es vor dem Oktober 1956 im einheitlichen "Verband der Polnischen Jugend". Seit Jahren stellt man in Warschau politisches Desinteresse der polnischen Jugend fest. Auch der Parteichef GOMULKA wies in seiner Begrüßungsansprache auf diese Tatsache hin.

Dem jetzigen Kongreß der "Sozialistischen Jugend" gingen gewisse organisatorische Veränderungen voraus. Wohl in Anlehnung an den sowjetischen Komsomol stellte man nach dem Oktober 1956 an die Spitze der Organisation ein Zentralkomitee mit einem 1. Sekretär und weiteren Sekretären, während die Vorgängerorganisation, der "Verband der Polnischen Jugend", einen Hauptvorstand mit einem Vorsitzenden, dessen Stellvertretern und Besitzern hatte. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Parteichef GOMULKA, daß der "Sozialistische Jugendverband" eine Hilfsorganisation der Partei sei, deren Hauptaufgabe darin bestehe, der Partei bei der sozialistischen Erziehung der Jugend zu helfen.

"In seiner Arbeit darf und soll der Sozialistische Jugendverband nicht die Arbeit der Partei kopieren. Er darf sich in seinem Programm auch nicht alle diejenigen Aufgaben stellen, die im Aktionsprogramm der Partei stehen. Der Sozialistische Jugendverband ist und kann nicht die Partei für die Jugend sein. Er ist eine selbständige Organisation, die unter der ideologischen und politischen Leitung der Partei arbeitet."

Diese Betonung war notwendig, denn wie man hört, haben manche führenden Jugendfunktionäre allzuwörtlich genommen, was vor wenigen Jahren der inzwischen zurückgetretene ZK-Sekretär und Mitglied des Politbüros, Roman ZAMBROWSKI, als "eigenen Weg der Jugend zum Sozialismus" bezeichnete. Schon damals erweckte diese Formulierung gewisse Bedenken in Parteikreisen. Man fürchtete, auf diese Weise könnte die Entfremdung zwischen der Jugend und der Partei der "Alten" noch größer werden, als es ohnehin schon ist. Das Generationsproblem, das wohl selten mit solcher Schärfe in Erscheinung trat, wie nach dem letzten Krieg in Polen, machte der Partei viel zu schaffen. Die stalinsche Partei versuchte es dadurch zu lösen, daß sie der Jugend viele leitende Posten anbot, die allerdings damals nicht hoch im Kampf standen, da Funktionäre gefährlich lebten. GOMULKA war in einer besseren Situation, denn er konnte ambitionierten jungen Funktionären wirklich etwas bieten. Die Tendenz, die Parteikader stark zu verjüngen, ist für jeden klar erkenntlich. Doch GOMULKA mußte feststellen, daß diese Politik den Dualismus zwischen den Jungen und den Alten nicht abbauete, sondern eher verschärfte. Darum mußte er jetzt dem "Sozialistischen Jugendverband" und seinen allzu ehrgeizigen Funktionären wieder deutlich sagen, welche Rolle sie zu erfüllen und was sie zu unterlassen haben. An der Spitze des "Sozialistischen Jugendverbandes" steht seit einigen Wochen kein Zentralkomitee mehr, sondern wieder ein schlichter Vorstand. Auch nach außen hin soll der Unterschied betont werden. Die Jugendorganisationen sollen auf Wunsch der Partei einer genaueren Kontrolle unterzogen werden. Der allzudeutlich auftretende Hang zur politischen und ideologischen Emanzipation wurde als gefährlich erkannt und soll aufgehalten werden.

### 3) Journalistentagung in Warschau

Der Kampf um die ideologische Erneuerung des Kommunismus in Polen wurde während der Jahre 1956-1957 gemeinsam von der Presse, den Schriftstellern und anderen Kulturschaffenden geführt und von den anderen Volksschichten, insbesondere von der Arbeiterschaft unterstützt. Gegen das Verbot der Zeitschrift "Po Prostu" demonstrierten im Oktober 1957 auf den Straßen Warschaus gemeinsam Studenten und junge Arbeiter.

Durch die rigoros geführten Säuberungen ist es der Partei gelungen, Presse, Rundfunk und Fernsehen wieder gleichzuschalten. Der Widerstand der "Revisionisten" unter den Presseleuten ist schon vor Jahren gebrochen worden. Die Schriftsteller dagegen bereiten der Partei weiterhin ernste Sorgen. Dieser Unterschied läßt sich auf folgende Weise erklären: Die Journalisten in Polen sind in erster Linie Gehaltsempfänger. Der materielle Druck auf sie kann sehr unmittelbare Folgen annehmen, indem man ihnen kündigt und sie zur Arbeitslosigkeit verurteilt, denn es gibt einen Überschuß an ausgebildeten Journalisten. Einem Schriftsteller kann man nicht "kündigen", ein allgemeines Druckverbot ist eine auffallende Maßnahme, die gleich im In- und Ausland bekannt würde und unliebsames Aufsehen zur Folge hätte.

Die gleichgeschalteten polnischen Journalisten sind heute in erster Linie darum bemüht, nicht von der vorgeschriebenen Linie abzuweichen. Da eigene Formulierungen immer eine gewisse Gefahr bedeuten, folgte die Presse in Polen seit langem wieder dem Prinzip des "Wiederkauens". Das erzeugt naturgemäß Langeweile, die den Leser abschreckt und den Einfluß der Presse vermindert. Während der letzten Tagung des Journalistenverbandes wurden die polnischen Journalisten nicht etwa wegen Abweichung von der Parteilinie, sondern wegen der allzugroßen Vorsicht getadelt.

Dafür erhielten die in Warschau versammelten Journalisten eine deutliche Rüge vom ZK-Sekretär Artur STAREWICZ, der für die Kultur- und Pressepolitik der Parteileitung zuständig ist. Aber auch er konnte keinen Ausweg zeigen, da es zwischen der sturen Vertretung einer festgelegten Linie und einem freiem Journalismus keinen Mittelweg gibt.

STAREWICZ kündigte in seiner Rede an, daß die Papierzuteilungen für Zeitungen, Zeitschriften und Verlage wieder erhöht würden. Vor zwei Jahren waren diese Zuteilungen radikal gedrosselt worden, sodaß es eine Einschränkung der gesamten Publizistik gegeben hatte. Bei den Tageszeitungen wurde durch diese Maßnahmen der Umfang in einem Maße reduziert, daß für freie Mitarbeiter - vor allem Feuilletonisten - kaum Raum blieb, was die soziale Lage dieser Gruppe erheblich verschlechterte. Die angekündigte Erweiterung des Umfangs der Zeitungen wird sich sicher günstig auf die materielle Situation der Journalisten auswirken. Den Scharfmachern in der Parteileitung war der Papiermangel im Pressewesen der Vorwand, die direkt von der Partei gesteuerten Blätter zu fördern (wie z.B. die Zeitschrift "Kultura" in Warschau) und andere, in denen oppositionelle Regungen spürbar waren, zu drosseln. Der Fortfall der Beschränkungen könnte zu einer Auflockerung führen, falls wirklich alle Organe davon profitieren.

#### 4) Warschau und der Parteitag der jugoslawischen Kommunisten

Zu dem Parteitag in Belgrad, der Mitte Dezember 1964 stattgefunden hat, schickte GOMULKA eine Delegation der PZPR, an deren Spitze der vor kurzem zum Politbüromitglied avancierte Vize-Premier Franciszek WANIOŁKA stand. WANIOŁKA ist einer der führenden Wirtschaftsfunktionäre. Seine Wahl zum Chef der polnischen Delegation in Belgrad entspricht genau der Tatsache,



daß der Schwerpunkt der polnisch-jugoslawischen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiete liegt.

Nach dem Oktober 1956 machten die Jugoslawen warschau bestimmte Avancen in der Erwartung, daß die Emanzipationstendenzen in Polen nicht nachlassen würden, sondern sich eher noch steigerten. Die Verurteilung der jugoslawischen Parteilinie durch die Sowjets und ihre Stalliten im Jahre 1957 machte diese Erwartungen zunichte. Vor allem fühlte man sich in Belgrad durch den unzeitgemässigen Eifer schockiert, mit welchem sich GOMULKA mit dem sowjetischen Standpunkt identifizierte. Als sich kurz danach der ideologische Konflikt zwischen Moskau und Peking verschärfte und CHRUSCHTSCHOW sich wieder TITO näherte, zeigte sich Belgrad an polnischen Annäherungsversuchen nicht sonderlich interessiert. TITO ließ GOMULKA lange warten, bis er sich zu einem Gegenbesuch nach Polen begab. Polnische Andeutungen über die erwünschte Zusammenarbeit nicht nur zwischen den beiden Staaten sondern auch zwischen den Parteien wurden von den Jugoslawen überhört. Sie sehen GOMULKA gerade in der Balkanpolitik als einen sowjetischen Satelliten, der selbst die rumänische Emanzipationsbestrebungen hemmt.

GOMULKA sprach in Belgrad davon, daß die polnische Partei " der Zusammenarbeit aller kommunistischen Parteien große Bedeutung beimißt".

Aber diese Feststellung ist zu allgemein, um als ein wiederholtes Angebot zur Annäherung der beiden Parteien aufgefaßt zu werden. TITO scheint auch nach diesem Besuch nicht gewillt zu sein, die Beziehungen zu Warschau zu intensivieren. Die Jugoslawen konzentrieren sich auf die Kontakte zu den Sowjets und strecken Fühler nach Bukarest und Sofia aus.

### 5) MLF in Warschauer Sicht

Die Beteiligung der Bundesrepublik an der geplanten "Multilateralen Atomstreitmacht" beschäftigt seit langer Zeit nicht nur die Kommunistische Partei in Polen, sondern auch die breite Öffentlichkeit. Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung steht jeder Form einer atomaren Bewaffnung Deutschlands ablehnend gegenüber. Sie teilt in dieser Hinsicht die Meinung der in Polen regierenden Kommunisten.

Die offizielle polnische Haltung in Sachen MLF gibt der Artikel der parteiamtlichen "Tribuna Ludu" vom 14. Dezember 1964 wider. Darin heißt es unter anderem:

"Diejenigen westlichen Politiker, die sich für die MLF einsetzen, führen das Argument an, daß sich der Westen in einer Zwangslage befindet. Schließe man die Bundesrepublik von der Teilnahme an der MLF aus, so sagen sie, werde Bonn eigene Atomwaffen entwickeln. Die MLF sei deshalb gerade dazu geschaffen, um die Entwicklung der nationalen westdeutschen Atomstreitmacht zu verhindern. Eine Frage zwingt sich hier jedoch auf: warum akzeptieren die westdeutschen Politiker so willig und eifrig die MLF? Sollten sie etwa auch die Entstehung eigener Atomwaffen befürchten? Das wäre kaum vorstellbar. Viel wahrscheinlicher ist, daß Westdeutschland die MLF keineswegs als ein Hindernis für weitergehende atomare Ansprüche betrachtet. Sämtliche Versicherungen darüber, daß die MLF den Weg zu späteren, weitergehenden atomaren Ansprüchen (der Bundesrepublik) versperren wird, sind bestensfalls Glaubenssache, entbehren hingegen jedoch realen Grundlagen. Es gibt keine Garantie dafür, daß Westdeutschland nicht eines Tages seinen Beitrag an der MLF in eine nationale Atomstreitmacht umbildet."

"Jetzt wird uns gesagt: Geben wir den Deutschen etwas (etwas!) Atombewaffnung und wir werden vor ihren weiteren Ansprüchen sicher sein. Die normale Logik ließe aber einen anderen Schluß zu, nämlich: Beteiligt man westdeutschland an den atomaren Waffen im Rahmen der MLF, dann wird es in der Lage sein, Druck auf andere Länder auszuüben, der nicht kleiner sondern größer sein wird als vorher. Es gibt nicht die geringste Veranlassung, den westdeutschen irgendwelche atomare Konzessionen zu machen. Es gibt dagegen ausreichende Gründe dafür, um sie von jeder Form der Beteiligung an der Atomstreitmacht fern zu halten."

## II. WIRTSCHAFT

### 1) Zum Fest der polnischen Bergleute

In den Jahren, als die Steinkohle noch eine erstrangige Rolle in der Energiewirtschaft spielte, hätte Polen aus den Erlösen des Kohleexportes einen großen Teil seines Wiederaufbaues nach dem Kriege finanzieren können. Aber gerade in dieser Zeit war Warschau gezwungen, den Hauptteil der ausgeführten Kohle zu ungünstigsten Bedingungen an die Sowjets zu liefern. Während dieser zehn Nachkriegsjahre zahlte der Westen Höchstpreise in guten Devisen für polnische Kohle, bekam aber nicht so viel, wie er benötigte. Als sich Polen im Jahre 1956 von dieser Ausbeutung durch die Sowjets mindestens zum Teil befreien konnte und nun die Möglichkeit hatte, dem Westen seine Kohle anzubieten, war König Kohle inzwischen entthront.

Am 4. Dezember 1964 begab sich der Parteichef GOMULKA wie in allen vorhergehenden Jahren nach Oberschlesien, um mit den polnischen Kumpeln gemeinsam ihr "Barburka-Fest" zu feiern. Dieses Fest hat in den letzten Jahren zunehmend an Glanz verloren, in dem Masse, in welchem auch die Kohle ihrer alten Position in der Weltwirtschaft entsagen mußte. Dennoch spielt Kohle in der polnischen Energiewirtschaft eine überragende Rolle, sie ist auch noch in gewissem Umfang ein Exportartikel. Die Förderung der Steinkohle stieg im vergangenen Jahre auf 117 Mio to, die der Braunkohle erreichte eine schon beachtliche Zahl von 20 Mio to (noch vor 10 Jahren nur 6 Mio to). Dagegen ist die Förderung von Erdöl völlig unzureichend und beträgt nur 280.000 to, was 6,5 % des Inlandbedarfes deckt. Bedeutendere Erdölvorkommen werden in der polnischen Niederung vermutet, jedoch sind die Erfolge der nicht intensiv genug geführten geologischen Untersuchungen bisher nicht befriedigend.

Auf dem Gebiet der Erzförderung sind in erster Linie die Buntmetallerze

erzähnenswert: Zink, Kupfer und Schmelz

Die in Polen geförderten Eisenerze sind prozentual niedrig und decken nur einen kleinen Teil des Eigenbedarfs. Alles in allem beschäftigt der Bergbau eine gute halbe Million Arbeiter. Große Investmittel werden zum Ausbau neuer Kohlegruben und zur Förderung von Braunkohle, Kupfer und Schwefel verwendet. Zu diesem Zwecke wird u.a. die Kredithilfe der Tschechoslowakei und der "DDR" in Anspruch genommen.

## 2) Ausbau der Chemie-Industrie

Am 22. Dezember 1964 begab sich der Parteichef GOMULKA in die nördlich von Warschau an der Weichsel liegende Stadt Plock, um dort ein Erdölchemie-Kombinat zu eröffnen. Dieses große Werk arbeitet auf der Grundlage des von den Sowjets durch eine Pipe-Line gelieferten Erdöls. Zahlreiche westliche Wirtschaftsexperten weisen mit Recht auf die Gefahren hin, die mit einer fortschreitenden Abhängigkeit der polnischen Industrie von den sowjetischen Lieferungen verbunden ist. Das große Werk in Plock, das in der polnischen Chemiewirtschaft eine führende Rolle spielen wird, müßte an dem Tage aufhören zu arbeiten, an welchem die Sowjets die Zufuhr des Erdöls sperren würden. Parallele rumänische Erdöllieferungen, die von zahlreichen polnischen Wirtschaftsexperten befürwortet wurden, blieben aus. Damit ist die polnische Großchemie auf Gnade und Ungnade den Sowjets ausgeliefert. Ähnlich sieht es in dem größten polnischen Stahlkombinat bei Krakau aus, das hauptsächlich mit ukrainischen Eisenerzen arbeitet. Das sind ohne Zweifel Schattenseiten einer allzugroßen Orientierung der Wirtschaft Polens auf die sowjetische Mitarbeit.

Andererseits aber bedeutet die Inbetriebnahme des Chemiewerkes in Plock einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Großchemie.

GOMULKA stellte in seiner Ansprache an die Arbeiter des Werkes fest, daß der Ausbau der chemischen Industrie doppelt so schnell erfolgt wie

der anderer Industriezweige. Die Produktion der chemischen Industrie war im Jahre 1963 20 Mal so groß als im Jahre 1937, während die Produktion der gesamten Industrie in der gleichen Zeitspanne um das Neunfache stieg. Gleichzeitig meinte aber GOMULKA, daß trotz des schnellen Ausbautempos die Pro-Kopf-Produktion der chemischen Industrie in Polen nur die Hälfte dessen betrage, was in den hochindustrialisierten Ländern Westeuropas geschaffen wurde. Auch im Westen ging der Ausbau der chemischen Industrie sehr schnell vor sich. GOMULKA wies auch auf die nicht günstige Tatsache hin, daß die Entwicklung der chemischen Industrie in Polen bis jetzt auf Kohlebasis erfolgte, was weit weniger rentabel ist als eine Industrie auf Erdölbasis.

Sehr stark betonte GOMULKA die Bedeutung der chemischen Industrie für die landwirtschaftliche Produktion. Die Pro-Kopf-Getreideproduktion beträgt jetzt um 30 % mehr als vor dem Kriege. Trotzdem reiche sie nicht für die steigenden Erfordernisse. Man müsse heute ca. 3 Mio to Getreide importieren, während man vor dem Kriege ca. 1 Mio to Getreide ausgeführt habe, was allerdings von GOMULKA mit Recht als "Hungerexport" bezeichnet wurde.

Ein Allheilmittel, das die Steigerung der Getreideproduktion und die Befreiung von Getreideimporten bringen soll, ist die erhöhte Produktion von Kunstdüngemitteln, die in den kommenden Jahren auf das 3,5-fache gesteigert werden soll und im Jahre 1970 eine Höhe von 1.180.000 to (umgerechnet auf 100 % Konzentrat) erreichen soll, verglichen mit 365.000 to im Jahre 1964. Auch in den kommenden Jahren wird sich die Chemie-Industrie doppelt so schnell entwickeln können wie die gesamte übrige Industrieproduktion,